

Wer wissen möchte, was Klaus Göldner, FLU-Fraktionsvorsitzender in der Ratssitzung zum Thema gesagt hat, kann es in Gänze hier nachlesen:



Redebeitrag zum Thema zusätzliche Flüchtlingsaufnahme 1768/20 und 1764/20

Das Thema „Sichere Häfen“ wird in dieser Stadt und hier im Rat kontrovers diskutiert. Bei der Diskussion am letzten Donnerstag im Hauptausschuss entstand bei mir der subjektive Eindruck, dass derjenige, der, aus welchen Gründen auch immer, gegen eine Sonderaufnahme von Flüchtlingen stimmt, von den Befürwortern ins moralische Abseits gestellt wird. Wenn wir nicht lernen, auch über solch' brisante Themenbereiche sachlich zu diskutieren, wird es viele Menschen geben, die ihre Meinung nicht mehr öffentlich äußern. Diese werden dann zunehmend ihren Unmut in der Wahlkabine dokumentieren. Während der Rundblick Unna die schriftlichen Stellungnahmen der Fraktionen wortgetreu veröffentlichte und später in einem Kommentar zur gegenseitigen Toleranz mahnte, wurden die Beiträge der Redner vom letzten Donnerstag im HA verkürzt dargestellt. Dies führte dann zu einer Flut von Leserbriefen mit teils ehrwürdigen Inhalten für die Gegner der Sonderaufnahme. Kann Spaltung das Ziel sein meine Damen und Herren?

Ich habe am letzten Donnerstag zum Ausdruck gebracht, dass ich die derzeitigen Zustände in Griechenland für schrecklich halte und dringend für eine europäische, oder zumindest für eine bundesweit koordinierte Aufnahmeaktion plädiere. Ich habe mich für die Freie Liste Unna lediglich gegen einen Sonderweg der im Bündnis „Sichere Häfen“ organisierten Kommunen gewandt. Flüchtlinge, die im Rahmen einer geordneten Zuführung nach Unna kommen, werden selbstverständlich mit allen Konsequenzen aufgenommen. Was an einer solchen Haltung menschenverachtend ist, erschließt sich mir nicht.

Die Lage in Griechenland wird sich vermutlich weiter verschlimmern. Wer bitte soll später in die überfüllten Flüchtlingslager gehen und aus den Tausenden diejenigen selektieren, die im Rahmen des Sonderweges nach Deutschland kommen dürfen?

Heute Morgen wurde bekannt, dass der Deutsche Bundestag gestern mit großer Mehrheit, auch mit den Stimmen der SPD Fraktion, die Sonderaufnahme von 5000 Flüchtlingen in namentlicher Abstimmung abgelehnt hat. Und Unna soll's jetzt richten?

Es wird immer argumentiert, dass wir uns drei unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sicher leisten können. Dabei wird es aber doch nicht bleiben, wenn das Elend weitergeht. Später wird es dann unmenschlich sein, wenn man die Eltern und die Verwandtschaft der Kinder nicht auch zu uns kommen lässt. Überdies haben wir in Unna noch immer allein für ausreisepflichtige abgelehnte Asylbewerber aufzukommen, die weiterhin geduldet werden. Allein für diese zahlen wir in unserer Stadt rund eine halbe Million Euro im Jahr. Wenn wir das Geld hätten und wir von Bund und Land unterstützt würden, wäre das ja ok. Werden wir aber nicht.

Nein, meine Damen und Herren, Europa steht an der Schwelle einer erneuten Flüchtlingstragödie. Mit gut gemeinten Sonderaktionen ist sie nicht abzuwenden.

Klaus Göldner
Fraktionsvorsitzender

Rat würde fünf Kinder aus Lager herausholen

Ob das Angebot angenommen wird, ist unklar. Im Stadtrat gab es Streit darum.

Von Sebastian Smulka

Unna. Nach einer emotionalen und aufgeheizten Diskussion beschloss der Rat der Stadt Unna eine freiwillige Leistung in der Aufnahme von Flüchtlingen. Unabhängig von etwaigen Verpflichtungen würde Unna fünf Kindern aus Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln eine neue Heimat bieten.

Als Mitglied im Städtetzwerk „Sichere Häfen“ spricht Unna sich zudem dafür aus, dass dieses Bündnis seine Hilfsangebote ausweiten darf. Es würde sich nicht nur an Menschen richten, die in abgeblockten Flüchtlingsschiffen festsitzen, sondern auch an die Flüchtigen, für die es auf dem Landweg irgendwann nicht mehr weitergeht, so wie es sich jetzt im türkisch-griechischen Grenzgebiet darstellt.

Der Rat der Stadt folgte mit dieser Entscheidung einem Antrag des Unnaer Integrationsrates. In einem krankheitsbedingt ausgedünnten Stadtrat stimmten 26 Mitglieder für die freiwillige Aufnahme von Flüchtlingen und 15 dagegen.

Die Diskussion um den Antrag verlief ähnlich der Debatte im Haupt- und Finanzausschuss eine Woche zuvor. SPD, Grüne und Linke sprachen sich für die freiwillige Aufnahme von Flüchtlingen aus, erklärten dies mit einer humanitären Verantwortung für die Kinder. Auch Bürgermeister Werner Kolter stimmte für den Antrag, weil er seiner Überzeugung entspreche. CDU, Freie Liste und FDP hingegen meldeten Bedenken an, verwiesen auf Unnas Finanzlage und machten zumindest eine Darlegung der Finanzierung zur Voraussetzung für eine Zustimmung, die folglich nicht erfolgte.

CDU-Fraktionschef Rudolf Fröhlich griff zudem noch die kritischen Reaktionen auf, die seine Haltung nach der Sitzung der Vorwoche ausgelöst

hatte. „Durch verschiedene Personen wurde mir wider besseres Wissen unterstellt, dass ich die Reparatur einiger Schlaglöcher oder die Sanierung eines Gebäudes für wichtiger hielte als das Wohlergehen von Kindern. Das ist eine bössartige Unterstellung und mitnichten der Fall“, be-tuerte Fröhlich.

Die CDU werde alle Bestrebungen unterstützen, die Bundesregierung zu veranlassen, die Bedingungen für Flüchtlinge in den Camps zu verbessern und Gespräche mit den Partnerländern über humanitäre Lösungen voranzutragen. Was die CDU ablehne, sei ein Unnaer Sonderweg, bei dem Unna Leistungen erbringen würde, die über etwaige Aufnahmeverpflichtungen hinausgehen, ohne dass es dafür Geld von Bund oder Land geben würde.

SPD-Fraktionschef Bernd Dreisbusch beschrieb gerade dieses Warten auf eine Lösung durch höhere Ebenen als ein Problem. Er sieht Parallelen zur Not der vietnamesischen Boatpeople in den 1970er-Jahren. „Damals war es die sozialliberale Bundesregierung, die auf der Bremse stand. Aber in Niedersachsen beschloss Ministerpräsident Ernst Albrecht, ein CDU-Mann, nicht erst auf eine Lösung beim Bund zu warten, sondern am Bund vorbei Flüchtlinge in sein Bundesland zu holen.“

Mit dem Beschluss des Rates wurden CDU, FLU und FDP letztlich überstimmt: Unna würde in begrenztem Umfang mehr Hilfe anbieten als nötig, konkret die Aufnahme von fünf Kindern. Ob es tatsächlich dazu kommt, ist offen. Im Bundestag war ein Antrag der Grünen, 5000 Kinder nach Deutschland zu holen, gescheitert. Und Kinder, die gar nicht erst in die EU oder nach Deutschland kommen, können dort auch nicht verteilt werden.

Kommentar

Am Ende steht die Stadt Unna doch zu ihrem Wort

Von Sebastian Smulka

In den vergangenen Monaten hat Unnas Stadtrat mehrere Entscheidungen getroffen, die zumindest den Verdacht der reinen Symbolpolitik erregt hatten. Die Ausrufung des Klimanotstandes war etwa so eine Entscheidung, aber auch der Beitritt zum Bündnis „Sichere Häfen“. Eine bessere Welt zu fördern, wenn der eigene Einfluss schon an der Stadtgrenze endet, ist halt zu einfach, hatten Skeptiker dabei angemerkt. Nun allerdings wird klar, dass auch der Einfluss innerhalb der Stadtgrenzen einen kleinen Beitrag zum großen Ganzen leisten kann und dass der Rat der Stadt für seine Entscheidungen in die Verantwortung genommen wird. Wer A sagt, muss auch B sagen. Und wer ein sicherer Hafen sein will, muss Schiffe von der stürmischen See ein-

laufen lassen. Wie ernst es Unna gemeint hat, als vor einigen Wochen die vermeintlichen „Symbolbeschlüsse“ gefasst wurden, wird sich sehr wohl in vielen kleinen Alltagsfragen zeigen lassen. Strengere Vorgaben für neue Baugebiete und andere Prioritäten in der Verkehrsplanung etwa wären folgerichtig die Konsequenzen aus Unnas Klimabeschluss.

Die Frage, ob Unna fünf Flüchtlingskinder aus griechischen Lagern übernehmen würde, mag zunächst sogar einmal als ein Streit um des Kaisers Bart erscheinen, solange der Bund diese Kinder gar nicht erst nach Deutschland kommen lässt. Es war aber auch ein Streit, der die Glaubwürdigkeit der Politik infrage gestellt hat. Unnas Zusage stellt klar, dass die Versprechen der Stadt einen Wert haben.